

München, 18.03.2016

Pensionierungswelle schwächt bayerische Finanzbehörden

Landtagsvizepräsidentin Aures: Freistaat Bayern muss für angemessene Personalausstattung sorgen

Bis zum Jahr 2020 werden in Bayern insgesamt 1.809 Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte in den Ruhestand gehen. Das geht aus einer schriftlichen [Anfrage](#) von Landtagsvizepräsidentin **Inge Aures** an das Bayerische Finanzministerium hervor.

Die oberfränkische SPD-Abgeordnete warnt: „Es ist wichtig, dass die Staatsregierung frühzeitig die Weichen stellt, damit es an den Finanzämtern keinerlei personelle Unterversorgung gibt. Die vielen fleißigen Finanzbeamtinnen und -beamten gehen jeden Tag an ihre Belastungsgrenzen. Das muss sich in Zukunft auch bei der Personalausstattung der Ämter widerspiegeln.“ Derzeit gibt es laut Aures 1.500 offene Stellen an den bayerischen Finanzämtern.

Die SPD-Parlamentarierin weist in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofes in seinem Jahresbericht 2016 hin. Dort heißt es, der Freistaat Bayern treibe seine Steuern nicht konsequent genug ein. „Hier geht es letzten Endes auch um mehr Steuergerechtigkeit, denn jeder Steuerprüfer erbringt jährlich Steuermehreinnahmen von einer Million Euro“, betont Aures.